

## **Verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen für die heimische Erzeugung von Sonderkulturen in Deutschland**

Mai 2021

Die heimische Landwirtschaft und die regionale Erzeugung von Lebensmitteln sind wichtiger denn je. Neben guter Qualität und fairen Arbeitsbedingungen gewährleistet die regionale Produktion einen notwendigen Anteil am Selbstversorgungsgrad mit bestimmten Lebensmitteln. In Deutschland regional erzeugte Erdbeeren, Strauchbeerenobst und Spargel verfügen zudem über eine gute Klimabilanz – müssen sie doch nicht aus dem fernen Ausland eingeflogen werden.

Die heimische Produktion der landwirtschaftlichen Sonderkulturen ist jedoch kein Selbstläufer. In den vergangenen zehn Jahren hat z.B. der prozentuale Anteil der deutschen Produktion von Blaubeeren von 80% auf 20% abgenommen. Die ständige Veränderung der politischen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Bereichen verunsichert viele Betriebe und erschwert die Planungssicherheit und führt nicht selten zu wirtschaftlichen Herausforderungen. Krisen wie der Klimawandel mit einhergehender Trockenheit und Ernteauffällen und die Corona-Pandemie verstärken die Herausforderungen noch zusätzlich.

Um auch langfristig für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland regionale Lebensmittel produzieren zu können, sind wir auf verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen angewiesen. Die neue Bundesregierung, ab Herbst/Winter 2021/22 und den neuen Bundestag, erwarten viele Herausforderungen. Mit diesem Papier möchten wir die Politikerinnen und Politiker über unsere Anliegen und Erwartungen an die Politik in der kommenden Legislaturperiode informieren. Für den Dialog stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung – per digitalem Austausch – aber hoffentlich bald auch wieder persönlich in Berlin, im Wahlkreis oder auf unseren Höfen!

### Die bundespolitischen Forderungen des Netzwerkes der Spargel- und Beerenverbände

**Verfügbarkeit von Arbeitskräften:** Sonderkulturen sind ein sehr arbeitsintensives Geschäft. Erntemaschinen können menschliche Arbeitskraft auf absehbare Zeit nicht ersetzen. Daher ist es für die Betriebe der Sonderkulturen unerlässlich die benötigte Zahl von Erntehelferinnen und Erntehelfern rechtzeitig vor Ort zu haben. Dabei gilt: Unsere Lebensmittel warten nicht. Fehlen zum Zeitpunkt der Ernte Arbeitskräfte bedeutet das unmittelbar einen Ernteverlust. Vereinfacht gesagt: Die Ware verdirbt auf den Feldern.

Wir sind dabei auf Arbeitskräfte aus dem Ausland – künftig auch aus dem Nicht-EU-Ausland - angewiesen. Die Verfügbarkeit war bereits vor Corona eine Herausforderung, dies hat sich noch verschärft. Über die sog. Westbalkanregelung kamen 2020 nur gut 5.000 Menschen nach Deutschland. Zu Höchstzeiten waren dies knapp 40.000. Wir sind der Bundespolitik 2020 und 2021 durchaus dankbar gewesen für schnelle und unbürokratische Hilfe. Jedoch bleiben die Herausforderungen bestehen – 200.000 Erntehelfer benötigen allein die Sonderkulturen jedes Jahr, um Ernte und regionalen Verkauf zu stemmen. Der Wettbewerb mit anderen Branchen ist hart.

Wir fordern:

- Die im Jahr 2020 novellierte Westbalkanregelung sieht vor, dass nur noch 25.000 Menschen über diese Regelung einreisen dürfen. Um zu gewährleisten, dass zumindest dieses Potenzial ausgeschöpft wird und nicht an Problemen, wie der rechtzeitigen Visa-Vergabe scheitert, bedarf es praxisnaher Regelungen. Wir fordern daher die Einführung sog. flächendeckender Gruppenverfahren für die Beantragung in den deutschen Auslandsvertretungen. Dies wird bisher nur (wieder) in Serbien umgesetzt. Arbeitskräfte, die auf einem Betrieb arbeiten, können dann zusammen ihren Antrag einreichen und bewilligt bekommen.
- Ebenso muss geprüft werden, die Beantragung der Aufenthaltstitel direkt nach der Einreise oder noch vor der Einreise durch die örtlichen Ausländerbehörden und Arbeitsagenturen durchzuführen. Denkbar wäre z.B. auch, dass lediglich Personen diesen Antragsweg durchlaufen können, die bereits in Deutschland in den letzten vier oder fünf Jahren per Visa einreisen durften.
- Bilaterale Abkommen mit weiteren Nicht-EU-Ländern für den Ernteeinsatz müssen forciert werden. Um arbeitswillige Helfer aus dem Ausland zu bekommen, müssen die Bemühungen auf staatlicher Seite intensiviert werden. Die „Erfolge“ der letzten Jahre beschränken sich auf sporadische Vereinbarungen über einige 5000 Arbeitskräfte aus Georgien. Dies genügt nicht. Daher sollten bilaterale Abkommen und auch Pilotprojekte mit dem außereuropäischen Ausland (zuerst Moldawien, Ukraine, Serbien) politisch verstärkt angegangen werden.
- Eine politisch geführte Task-Force im Bundeslandwirtschaftsministerium gemeinsam mit der Arbeitsagentur und den Branchenverbänden sollte etabliert werden und mit mehr Nachdruck die Kooperation mit anderen Ländern voranzubringen, Pilotprojekte zu entwickeln etc. Andere Branchen gehen hier schon länger internationalere Wege. Die Zeit nach der Bundestagswahl und (hoffentlich) nach Corona bietet eine gute Gelegenheit, mit neuem Schwung neue *win-win* Partnerschaften mit anderen Regionen anzustoßen.

Wir wissen, dass die Beschäftigung von Saisonarbeitern im Corona-Jahr 2020 intensiv diskutiert wurde. Wir möchten darauf hinweisen, dass die Betriebe der Sonderkulturen ihre Arbeitskräfte fair und sicher beschäftigen, krankenversichern, unterbringen und bezahlen. Die 2020 und 2021 besonders intensiv durchgeführten Überprüfungen in den Bundesländern haben dies bestätigt. Damit grenzen wir uns klar von anderen Branchen ab.

## **Umsetzung umwelt- und klimarechtlicher Vorgaben**

Unsere Felder und Böden bilden die Grundlage unserer unternehmerischen Existenz. Mit diesen nicht pfleglich umzugehen, verbietet sich schon im Eigeninteresse. Die Betriebe bekennen sich zum Umwelt- und Klimaschutz. Hierbei muss man jedoch ausgewogen und mit Augenmaß vorgehen. Die politischen Debatten werden leider häufig in Unkenntnis der landwirtschaftlichen Realitäten gesehen und zudem mit schlichtweg nicht erfüllbaren Maximalforderungen belastet.

Wir fordern:

- Die politische Diskussion auf EU- und nationaler Ebene den Plastikverbrauch weiter zu reduzieren, betrifft auch die Landwirtschaft im Allgemeinen und die Sonderkulturen im Besonderen. Dabei muss aber klar sein: Eine voreilige Einbeziehung bspw. von Folien zur Steuerung der Ernte ist z.B. beim Spargelanbau nicht machbar. Diese würde die Produktionskosten enorm verteuern und einen signifikanten Mehreinsatz vor allem von Herbiziden erforderlich machen. Innovationen zeichnen sich ab, sind aber bei weitem nicht marktreif. Wir fordern daher die Bereitstellung von Fördermitteln und Forschungsgeldern, um den Einsatz z.B. von biologisch abbaubaren Folien zu untersuchen und zu fördern. Um den Hofverkauf, der eine wichtige Einnahmequelle ist, nicht weiter zu belasten, fordern wir eine Ausnahme für mögliche neue Einwegquoten.
- Die öffentliche Diskussion um den Pflanzen- und Insektenschutz ist häufig von Unkenntnis geprägt. Eine funktionierende Landwirtschaft, die die Bevölkerung flächendeckend mit Obst und Gemüse versorgen soll, ist auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln angewiesen. Unsere Betriebe verschließen sich nicht den Forderungen nach einer Reduktion im Einsatz. Aber: Hierbei muss verlässliche Planungssicherheit gewährleistet sein. Kein Aktionismus.
- Der oft geforderte Einsatz von biologischen Pflanzenschutzmitteln und technischen Verfahren zur Unkrautbekämpfung verkennen bspw., dass diese nicht selektiv sind und sich damit auf alle Organismen im und über dem Boden auswirken. Nützlinge, aber auch Bodenbrüter und Jungtiere können so in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir fordern, dass die Beschlüsse der letzten Legislaturperiode Bestand haben und keine neuen Forderungen an die Betriebe gestellt werden, bis die Erfolge evaluiert werden können.

## **Was beim Lebensmitteleinkauf wichtig ist**

Für die Lebensmittelkonsumenten ist es in den vergangenen Jahren zunehmend wichtiger geworden, wo Lebensmittel herkommen und wie sie produziert wurden. Die Belange des Klimaschutzes, das soziale Produktionsumfeld und ganz voran die der Ökonomie der erzeugten Produkte (von der Produktion auf dem Feld über sämtliche Lieferketten zum Konsumenten), werden in den kommenden Jahren immer wichtiger.

Damit auch der „Bauer um die Ecke“ weiter eine Chance hat, diese Erwartungshaltung der Bevölkerung zu erfüllen, müssen den Konsumenten Entscheidungshilfen an die Seite gestellt werden.

Wir müssen unseren hiesigen, regional und hochwertig erzeugten (deutschen) Produkten ein Gesicht geben.

Wir fordern:

- Die derzeitige Praxis im Einzelhandel einer Doppelkennzeichnung der Herkunftsländer in der Werbung und Auszeichnung der Produkte führt zu Verunsicherungen bei den Konsumenten. Zum Schutz der heimischen Produktion und der Konsumente muss diese Praxis unterbunden werden.

- Eine Großzahl der Lebensmittel sind Verarbeitungsprodukte. Hier werden verschiedene landwirtschaftlich und/oder industriell hergestellte Zutaten verwendet. Vor allem für ein klares Verständnis beim Konsumenten müssen bei Verarbeitungsprodukten die Herkunft der wesentlichsten Rohstoffe genannt werden.
- Die Versorgung Deutschlands mit landwirtschaftlichen Produkten gilt als gesichert. Unser Selbstversorgungsgrad liegt bei einigen Grundnahrungsmitteln (Kartoffeln, Schweinefleisch, Getreide, Käse) über 100%. Im Jahr 2019 lag der Selbstversorgungsgrad Deutschlands, bei weiterhin abnehmender Tendenz, bei Gemüse nur noch bei 37% und noch dramatischer sieht es beim Obst aus. Hier sind es nur noch 22%. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/659012/umfrage/selbstversorgungsgrad-mit-nahrungsmitteln-in-deutschland/>).  
Es müssen zuverlässige Rahmenbedingungen für die Produktion von hochwertigem regionalem Obst und Gemüse geschaffen werden, damit der Eigenversorgungsgrad in Deutschland weiterwachsen kann.

## **Bürokratieabbau und Digitalisierung**

Der Aufwand für die Betriebsführung ist für die Unternehmen der Sonderkulturen enorm. Dieser hat sich seit 2020 durch die notwendigen Regelungen zum Infektionsschutz noch erheblich gesteigert. Die kommende Legislaturperiode sollte genutzt werden aus den Erfahrungen der letzten Jahre, einige Vorschriften zu überprüfen und bestimmte Verfahren zu vereinfachen und zu modernisieren.

Wir fordern:

- Die Corona-Pandemie erfordert einen maximalen Infektionsschutz für Saisonarbeitskräfte. Dafür werden von den Gesundheitsämtern Forderungen zur Unterbringung gestellt, die im Widerspruch zum Verwaltungshandeln der Baubehörden stehen. Die Arbeitgeber möchten gerne die Wohnsituation der Erntehelfer entzerren und investieren in weitere Unterkünfte, die auch nach der Corona-Pandemie weiter Bestand haben sollen. Doch dies scheitert an langwierigen Baugenehmigungsverfahren und häufig werden Untersagungen ausgesprochen. Daher fordern wir, dass die temporäre Unterbringung von Erntehelfern in mobilen Unterkünften in den Landesbauordnungen genehmigungsfrei gestellt werden, auch auf den Höfen im Außenbereich.
- Eine Teilnahme der Arbeitgeber am ELStAM-Verfahren für Erntehelfer, gemäß § 1 Abs. 4 EstG, ist bisher nicht möglich. Stattdessen stellt das Betriebsstättenfinanzamt des Arbeitgebers weiterhin Papierbescheinigungen für den Lohnsteuerabzug aus. Dies führt regelmäßig dazu, dass die Freibeträge zu spät vom Finanzamt an den Arbeitgeber übermittelt werden und die Lohnabrechnung verzögert wird, was insofern problematisch ist, da die Abrechnungsdauer vorgegeben ist und zum Ende der Beschäftigung die Abrechnung vorliegen muss. Daher würden wir es begrüßen, wenn auch beschränkt steuerpflichtige Beschäftigung über das digitale ELStAM-Verfahren laufen soll.

- Für den Fall das die Corona-Pandemie erhalten bleibt ist die Registrierung der einreisenden Arbeitskräfte über das Portal [www.einreiseanmeldung.de](http://www.einreiseanmeldung.de) zwingend erforderlich und wird häufig von den ArbeitgeberInnen vorgenommen. Die Anmeldungen sind jedoch frühestens drei Tage vor Anreise sowie mit Einzeleingabe möglich. Hier wäre es eine besondere Vereinfachung, wenn die ArbeitgeberInnen über eine Upload-Funktion gleichzeitig und über einen längeren Zeitraum die Einreisenden melden können.

## Über uns

Das Netzwerk der Spargel- und Beerenverbände e.V. plant und finanziert für über 1000 Mitgliedsbetriebe gemeinsame Pressearbeit zur Absatzförderung und Verbraucherinformation, setzt sich auf bundespolitischer Ebene für die Spargel- und Beerenbranche ein und profitiert von einem intensiven fachlichen Austausch.

###

## Kontakt:

Frank Saalfeld  
Geschäftsführung



## **Netzwerk der Spargel und Beerenverbände e.V.**

Ropenstall 83a  
51377 Leverkusen  
Tel: +49 2171 4014304  
mobil: +49 160 7832352  
E-Mail: [frank.saalfeld@netzwerk-spargelbeeren.de](mailto:frank.saalfeld@netzwerk-spargelbeeren.de)  
[www.netzwerk-spargelbeeren.de](http://www.netzwerk-spargelbeeren.de)

Ihre regionalen Ansprechpartner sind:

[Verband Süddeutscher Spargel- und Erdbeeranbauer e.V.](#)

[Vereinigung der Spargel- und Beerenanbauer e.V.](#)

[Verband der Ostdeutschen Spargel- und Beerenobstanbauer e.V.](#)

[Vereinigung der Spargelanbauer Westfalen-Lippe e.V.](#)

---